

## **Entschließungsantrag**

### **der Fraktion der SPD**

#### **zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1993** **— Drucksachen 12/3000, 12/3541, 12/3590, 12/3591 —**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Es ist Zeit für eine neue Politik. Unser Land braucht einen politischen Wechsel. Die Bundesregierung läßt die deutsche Einheit zu einem Problemfall werden, statt „aus dem unerwarteten Glücksfall der Einheit ein dauerhaftes Glück zu schmieden“ (Helmut Schmidt). Ein gerüttelt Anteil Schuld daran trägt die Finanzpolitik. Die Bundesregierung steckt nach wie vor tief in der Glaubwürdigkeitskrise, in die ihre Finanzpolitik durch Wortbruch, Täuschung und Fehleinschätzungen geraten ist. Aufgrund ihrer Entscheidungsunfähigkeit hat die Bundesregierung nun sogar einen Rumpfhaushalt vorgelegt, der unvollständig ist und deshalb nicht in Übereinstimmung mit dem Verfassungsgebot des Artikels 110 des Grundgesetzes steht. Er läßt bewußt die voraussichtlichen, schon angekündigten Veränderungen der Einnahmen und Ausgaben für den Aufbau Ostdeutschlands außer Ansatz.
2. Bei rauherer Konjunktur läuft der Bundesregierung die Finanzpolitik schon kurzfristig vollends aus dem Ruder, mittelfristig ist für die Bewältigung der auflaufenden Lasten von Treuhandanstalt, Kreditabwicklungsfonds und hinreichender Finanzausstattung der neuen Länder auch nicht ansatzweise ein Konzept erkennbar. Die Neuverschuldung ist viel zu hoch, Sparversuche der Regierung sind in Ansätzen steckengeblieben. Ihre Steuer- und Abgabenpolitik hat eine – jüngst erst vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung konstatierte und mißbilligte – Gerechtigkeitslücke aufgerissen, weil die Bundesregierung in sozial ungerechter und ökonomisch verfehelter Weise das Ziel verfolgt, die breiten Schichten der Bevölkerung stärker zusätzlich zu belasten als Großverdiener, Unternehmen und Großvermögensbesitzer. Die Bundesregierung hat mit ihren Steuer- und Abgabenerhöhungen zur Finanzierung der

Einheit 1991/92 bewußt eine soziale Schieflage geschaffen, denn Geringverdienende werden mit 4 v. H. ihres Bruttoeinkommens belastet, Höherverdienende dagegen nur mit 1,7 v. H. Diese Schieflage wird durch die bevorstehende Mehrwertsteuererhöhung weiter zu Lasten der sozial Schwächeren verschärft.

3. Die Bundesregierung ist mit ihrer unsoliden Finanzpolitik, der chaotischen und unehrlichen Steuererhöhungsdebatte, der zu hohen, zinstreibenden Verschuldung sowie der Verunsicherung aller Gruppen durch ihre Weigerung, in einem Gesamttabelleau die Lasten der kommenden Jahre ehrlich aufzulisten und ihre Verteilung auf die Ebenen wie die gesellschaftlichen Gruppen zu thematisieren, zu einem destabilisierenden Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung geworden.
4. Wichtige Aufgaben werden vernachlässigt. Der Bundeshaushalt 1993 bietet keine ausreichenden Lösungsansätze für die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft. Dies gilt in besonderem und bedrückendem Maße für die dominierende Aufgabe der Gestaltung der Einheit und des Aufbaus im Osten, wo die Bundesregierung sogar das Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost einstellt, statt die Anstrengungen zu verstärken. Es fehlen aber auch schlüssige Konzepte für das Meistern der ökologischen Herausforderung, die Überwindung der Wohnungsnot, die Bekämpfung der zunehmenden Arbeitslosigkeit, das Entgegenwirken gegen uns drohende Wanderungsbewegungen und die konsequente Umsetzung neuer sicherheitspolitischer Konzeptionen.
5. Der Schuldenberg wächst weiterhin dramatisch. Ende 1993 beträgt die Verschuldung des Bundes einschließlich der Hälfte der Verschuldung des Fonds „Deutsche Einheit“ sowie des Kreditabwicklungsfonds – für die der Bund die Zinsen ebenfalls unmittelbar zu zahlen hat – bereits 768 Mrd. DM. Damit ist die Verschuldung in nur drei Jahren um 35 v. H. gestiegen. Sie ist nun gut doppelt so hoch wie die Steuereinnahmen des Bundes, der also die gesamten Steuereinnahmen zweier Jahre benötigt, um den Berg abzutragen.

Die Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt 1993 liegt bei 43 Mrd. DM und damit entgegen den Lippenbekenntnissen der Bundesregierung zur Konsolidierung über dem Wert dieses Jahres. Der konjunkturrell bedingte Einbruch der Steuereinnahmen droht zudem in der Schätzung der Steuereinnahmen für 1993 nicht realistisch berücksichtigt zu sein und sprengt die im Finanzplan des Bundes mittelfristig geplante Rückführung der Neuverschuldung. Die hilflose Antwort des Bundesfinanzministers, konjunkturbedingte Defizite müßten durch weitere Verschuldung ausgeglichen werden, bedeutet angesichts des bestehenden Schuldenberges die Bankrotterklärung aller Konsolidierungsabsichten. Zudem ist die für den Bund ausgewiesene

Neuverschuldung noch nicht einmal die halbe Wahrheit, denn der Bundeshaushalt ist unvollständig. Er verschleiern die wahre Lage, weil für die verschiedenen Sondervermögen im Bundesbereich einschließlich der Treuhandanstalt zusätzlich eine Neuverschuldung von 85 Mrd. DM vorgesehen ist.

Noch bedrohlicher als die Momentaufnahme 1993 für den Bereich des Bundes ist die aktuelle wie die mittelfristige Gesamtschau für den Staatssektor. 1993 wird das staatliche Gesamtdefizit nach Einschätzung des Sachverständigenrates mit wiederum über 200 Mrd. DM den Kapitalmarkt in ebenso viel zu hohem Maße beanspruchen wie 1992. Der für jedes Jahr aufs neue angekündigte Abbau des Defizits findet also wiederum nicht statt. Die Zeitbombe der Verschuldung tickt damit immer lauter. Bis Ende 1996 wird der Schuldengipfel nach dem Plan der Bundesregierung bei über 2,3 Billionen DM liegen und damit gegenüber diesem Jahr um 650 Mrd. DM oder weitere 38 v. H. gestiegen sein.

Der hohe Schuldenzuwachs des Bundes und seiner Schattenhaushalte führt zu einem starken Anstieg der Zinsbelastung, die in den Folgejahren den Spielraum zur Gestaltung der Zukunftsaufgaben immer mehr einengt. So werden allein die Zinsausgaben im Bundeshaushalt bis 1996 unter Einbeziehung der vom Bund für den Fonds „Deutsche Einheit“, den Kreditabwicklungsfonds und die Treuhandanstalt dann zu leistenden Zinszahlungen auf 84 Mrd. DM ansteigen. Allein 18 v. H. der Bundesausgaben werden dann für Zinszahlungen fällig, die Zinsausgaben dicht hinter den Sozialausgaben mit Abstand der zweitgrößte Ausgabenblock im Bundeshaushalt sein.

6. Bei dieser beklemmenden Situation der Staatsfinanzen ist eine „drastische Sparpolitik“ mit einer „generellen Revision der Staatstätigkeit“ – so der Sachverständigenrat – auf viele Jahre unabdingbar. Die bisherigen Einsparungen der Bundesregierung sind jedoch allenfalls halbherzig. Dies gilt für die viel zu geringe Rückführung des Verteidigungshaushalts ebenso wie für den Subventionsabbau, bei dem die Bundesregierung ihr selbstgestecktes Ziel vollständig verfehlt hat. Dem Sachverständigenrat ist zuzustimmen, daß der Abbau von Subventionen nach wie vor unbefriedigend ist, weil es den politischen Entscheidungsträgern an Kraft und Willen fehlt, sich gegen die Interessenvertreter durchzusetzen. Symptomatisch für diese Bundesregierung ist, daß sie in ihrem eigenen Bereich nicht bereit ist zu sparen, während sie den Bürgern hohe Opfer abverlangt. So bleibt die völlig übersetzte Zahl von 62 Staatssekretären ebenso unangetastet wie die Zahl der Minister. Und die völlig überhöhten Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit, die sich während der Regierung Kohl mehr als verdoppelt haben, betragen 1993 über 500 Mio. DM.
7. In der Bundesrepublik Deutschland nimmt die soziale Ungerechtigkeit zu. In den neuen Bundesländern findet

eine dramatische Entindustrialisierung statt, die Massenarbeitslosigkeit steigt. Vor allem die Frauen werden zu Verliererinnen der Einheit. Viele Jugendliche sind ohne Zukunftsperspektive. Ostdeutschland droht zu einem Notstandsgebiet zu werden. Die Bundesregierung hat den historischen Fehler begangen, die Wahrheit über den notwendigen Zeitraum und die finanziellen Aufwendungen für die Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West zu leugnen. Sie hat die Bereitschaft der Deutschen, ihren solidarischen Beitrag für die Herstellung der inneren Einheit zu leisten, nicht genutzt. Der Zusammenbruch der Industrie in den neuen Ländern, die stagnierende Wirtschaftsentwicklung, zunehmende Arbeitslosigkeit, Inflation, steigende Staatsverschuldung und Umweltzerstörung zeigen: Eine grundlegende Kurskorrektur in der deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik ist notwendig. Noch bietet die Verwirklichung der Einheit die Möglichkeit, Staat und Gesellschaft zu modernisieren und eine Wende zu wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Reformen einzuleiten. Die ideologischen Scheuklappen der Bundesregierung in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und ihre Angst, Fehler einzugestehen, machen sie jedoch unfähig, die notwendige Kurskorrektur vorzunehmen.

8. Mit einem Sofortprogramm können die bislang vergebenen Chancen noch genutzt werden. Es hat sich an folgenden Grundprinzipien zu orientieren:
  - Politik muß den Mut zur Wahrheit haben. Die klare Benennung der Probleme ist eine Voraussetzung für ihre gemeinschaftliche Lösung. Es ist ein Gebot der Ehrlichkeit festzustellen: Die Angleichung der ökonomischen Leistungskraft und der privaten Lebensverhältnisse zwischen Ost und West wird leider länger dauern, als die Bundesregierung versprochen hat. Die deutsche Einheit erfordert auch größere finanzielle Anstrengungen, als die Bundesregierung bisher zugegeben hat.
  - Wir brauchen eine Politik der sozialen Gerechtigkeit: Nur wer dafür sorgt, daß Lasten und Chancen gerecht verteilt werden, ist in der Lage, die Spaltung unseres Landes zu überwinden. Die Bundesrepublik Deutschland soll zum Modell für eine gerechte Gesellschaft gemacht werden.
  - Eine leistungsfähige Wirtschaft ist Grundlage des Wohlstands für ganz Deutschland. Deshalb muß die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Bundesrepublik Deutschland dauerhaft gestärkt und der Industriestandort Ostdeutschland erhalten werden. Die Wirtschaftskraft Westdeutschlands ist noch auf lange Zeit Voraussetzung für den Erfolg des Einigungsprozesses. Zentral für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist die Sicherung eines hohen Qualifikations- und Bildungsniveaus.

- Die ökologische Modernisierung ist und bleibt eine Zukunftsaufgabe ersten Ranges. Eine Politik der ökologischen Erneuerung kann und muß der Industriegesellschaft eine neue Zukunft geben. Um die ökologische Effizienz zu steigern, müssen Rohstoffe, Energie und andere Umweltgüter drastisch eingespart werden. Angesichts der globalen Umweltkrise kann Umweltpolitik nicht auf den nationalen Rahmen beschränkt sein. Dennoch muß und kann die Bundesrepublik Deutschland international eine ökologische Vorreiterrolle übernehmen.
- Nicht alles was wünschbar ist, ist finanzierbar. Der finanzielle Spielraum der öffentlichen Hand ist so eng geworden, daß brennende gesellschaftliche Probleme nicht mehr einfach durch quantitative Ausweitung der Staatsausgaben, sondern nur noch durch einen qualitativen Umbau und durch Beschränkung auf das Wesentliche gelöst werden können. Aufgrund der drastischen Steuer- und Abgabenerhöhungen der Bundesregierung ist für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen die Grenze der Belastbarkeit weitgehend erreicht. Der besorgniserregende Anstieg der Staatsverschuldung engt die Handlungsfähigkeit der Politik immer weiter ein. Deshalb müssen die erforderlichen Aufwendungen in erheblichem Maß durch Einsparungen, Kürzungen und Streckungen erbracht werden. Gesellschaftliche Reformen sind möglich, ohne die öffentlichen Haushalte zusätzlich zu belasten.
- Der soziale Friede ist eine Produktivkraft ersten Ranges. Statt die Gesellschaft durch ungerechte Politik zu spalten, muß durch ständigen Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen der soziale Konsens hergestellt werden.
- Wir brauchen einen modernen, leistungsfähigen Staat, der sich auf seine eigentlichen Aufgaben konzentriert: Sicherung der bürgerlichen und sozialen Grundrechte, Abwehr ökologischer Gefahren, Setzung ökonomischer Rahmenbedingungen, Gewährleistung eines modernen Bildungswesens und einer leistungsfähigen Infrastruktur. Überzogene Ansprüche an den Staat müssen aufgegeben werden. Die Politik darf auch nicht den Eindruck erwecken, alle Probleme lösen zu können. Überregulierung, überflüssige Zentralisierung und bürokratische Erstarrung müssen abgebaut werden. Längst nicht alles, was heute durch staatliche Institutionen geleistet wird, kann nur durch den Staat vernünftig erledigt werden. Viele Aufgaben können ebenso gut oder besser durch die Bürgerinnen und Bürger selbst, durch gesellschaftliche Initiativen oder durch die Wirtschaft wahrgenommen werden.
- Die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, daß der Staat für innere Sicherheit sorgt. Die steigende Bedrohung durch Alltagskriminalität, Drogen

und international organisiertes Verbrechen muß entschlossen bekämpft werden. Die Polizeien in Bund und Ländern sind in die Lage zu versetzen, den qualitativ und quantitativ gestiegenen Anforderungen gerecht zu werden. Das starke Ansteigen des privaten Sicherheitsgewerbes darf nicht zur Aushöhlung des staatlichen Gewaltmonopols führen; Sicherheit darf nicht zum Reichenprivileg werden.

- Die Politik muß ihrer Verantwortung für kommende Generationen gerecht werden. Deshalb muß sie für eine langfristig vertretbare Entwicklung sorgen, die unseren Kindern und Enkeln keine unerträglichen Erblasten durch zerstörte Umwelt und übermäßige Staatsverschuldung hinterläßt.

## II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

Ausgehend von diesen Feststellungen ist die Struktur des Bundeshaushalts zu ändern. Dabei müssen folgende Maßnahmen im Mittelpunkt stehen:

### 1. Solidarische Politik für die neuen Länder

Das Regierungskonzept einer Erneuerung der ostdeutschen Wirtschaft mit einseitig-ideologischer Fixierung allein auf den Markt und auf die herkömmlichen Instrumente der westdeutschen Wirtschaftspolitik ist gescheitert. Die Entindustrialisierung ist nur zu stoppen, wenn endlich verlässliche Rahmenbedingungen gesetzt werden, so daß die Eigendynamik der Unternehmen und staatliches Handeln zusammengeführt werden können. Um den wirtschaftlichen Aufbau der neuen Länder zu beschleunigen, ist das folgende „Zukunftsprogramm Ost“ umzusetzen:

- Der Treuhandanstalt ist ein gesetzlicher Sanierungsauftrag zu erteilen, damit Unternehmen, die noch nicht zu privatisieren sind und ihre Wettbewerbsfähigkeit erst mittelfristig erreichen können, wirksam saniert werden können. Dafür sind befristete und degressive Hilfen und geeignete Organisationsformen, einschließlich Industrieholdings, einzusetzen. Der ökonomische Unsinn ist zu beenden, im Osten Deutschlands Tausende von Privatisierungen in drei Jahren durchziehen zu wollen, wenn die Privatisierung einiger weniger Betriebe in Westdeutschland früher Jahrzehnte gebraucht hat.

Die Sanierung von Treuhandunternehmen ist mit den betroffenen Bundesländern abzustimmen. Bund und Länder müssen sich im Rahmen einer regional- und marktwirtschaftlichen Industriepolitik für eine Übergangszeit an ausgewählten Unternehmen auch direkt beteiligen können, um die für die Beschäftigung entscheidenden Industriestandorte in Ostdeutschland zu sichern, Schwerpunkte der industriellen Entwicklung zu schaffen und die technologische und ökologische Modernisierung voranzubringen.

- Die Investitionsförderung ist zu vereinfachen, zu verbessern und auf diejenigen Sektoren zu konzentrieren, die der Förderung bedürfen. Dazu sind die Investitionszulagen von 8 auf wenigstens 20 v. H. anzuheben und die erhöhten Förderungen auf den gewerblich-industriellen und handwerklichen Bereich sowie auf Neugründungen von Ortsansässigen zu konzentrieren. Dies zielt vor allem auch auf den Aufbau eines leistungsfähigen Mittelstands und Handwerks in den neuen Ländern.
- Es sind Instrumente zu entwickeln, mit denen der Absatz ostdeutscher Produkte nachhaltig gefördert werden kann. Um Osteuropa und die GUS-Staaten wieder als Absatzmarkt zu gewinnen, sind Gemeinschaftseinrichtungen zu schaffen, die Tauschgeschäfte organisieren. Finanzhilfen für diese Staaten sind an Abnahmeverpflichtungen für ostdeutsche Güter und Dienstleistungen zu koppeln.
- Bei der Eigentumsregelung ist das wichtigste Investitionshemmnis „Rückgabe vor Entschädigung“ zu beseitigen und den Investitionen Vorrang zu geben. Bund und Treuhandanstalt sind zu verpflichten, größere ehemals militärisch genutzte Flächen bzw. nicht betriebsnotwendige Flächen zur beschleunigten Nutzung für Gewerbeansiedlungen, Wohnungsbau und Infrastrukturentwicklung treuhänderisch an die Gemeinden zu übertragen. Städte und Gemeinden müssen erheblich mehr Rechte bekommen, Flächen auszuweisen, in denen Rückgabeansprüche hinter Investitionsvorhaben zurücktreten müssen. Für den Wohnungsbestand, der umfassend instandgesetzt werden soll, muß der Rückgabevorbehalt aufgehoben werden. Voraussetzung für eine rasche Entscheidung von Eigentumsstreitigkeiten ist die längst überfällige Vorlage eines Entschädigungsgesetzes.
- Die Landwirtschaft in den neuen Bundesländern braucht bessere Perspektiven. Größere Hilfen für den Umstrukturierungsprozeß, die Lösung der Verschuldungsfrage eingeschlossen, sind nötig, um ihn sozial- und umweltverträglich zu gestalten. Bei der Verwertung bisher volkseigener land- und forstwirtschaftlicher Flächen sind einheimische Landwirte vorrangig zu berücksichtigen und ist der langfristigen Verpachtung der Vorzug vor dem Verkauf einzuräumen. Der Kapital-schwäche einheimischer Landwirte ist dadurch Rechnung zu tragen, daß die Konditionen von Fördermaßnahmen im investiven Bereich verbessert werden.
- In einem Zukunftsinvestitionsprogramm „Arbeit statt Arbeitslosigkeit“ ist Arbeitsmarktpolitik und Infrastrukturpolitik zusammenzuführen. Als erster Schritt dahin ist die Kürzung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zurückzunehmen. Menschen, die sonst arbeitslos wären, sollen in Qualifizierungs- und Beschäftigungs-

gesellschaften für die Zukunft der neuen Länder wichtige Arbeiten durchführen. Diese aktive Arbeitsmarktpolitik schichtet den Finanztransfer in erheblichem Maße von der konsumtiven zur investiven Verwendung um. Eine mittelfristig angelegte Investitionsoffensive muß auf die Modernisierung der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Infrastruktur, auf Umweltsanierung, Stadt- und Dorferneuerung und die Erhaltung historischer Bausubstanz zielen. In diesem Rahmen ist den Städten und Gemeinden eine Investitionspauschale zu gewähren.

## 2. Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Bundesrepublik Deutschland sichern

Die Stellung der Bundesrepublik Deutschland als einer der besten Wirtschaftsstandorte der Welt ist zu erhalten und auszubauen. Als für die deutsche Wirtschaft entscheidende Standortvorteile sind die hohe Arbeitsproduktivität, die Qualifikation der Arbeitskräfte, das weltweit anerkannt hohe Niveau der Berufsausbildung, die Infrastruktur, die hohe Umweltqualität, die Qualität der öffentlichen Verwaltung und nicht zuletzt der soziale Friede zu sichern. Dazu sind insbesondere folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Eine aufkommensneutrale Unternehmenssteuerreform für mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätze ist durchzuführen. Sie soll im Unternehmen verbleibende und für Investitionen zur Verfügung stehende Gewinne durch Senkung des Körperschaftsteuersatzes begünstigen und so zu mehr Investitionen und mehr Arbeitsplätzen führen.
- Dem Mittelstand als einer der wichtigsten Säulen unserer Wirtschaft ist eine steuerfreie Investitionsrücklage zu bieten, um die Investitionskraft kleinerer und mittlerer Unternehmen zu stärken. Erforderlich ist zudem eine nachhaltige Förderung von Existenzgründungen, eine Intensivierung der Beratungsförderung sowie die verbesserte Wiedereinführung der Forschungs- und Innovationsförderung für kleine und mittlere Unternehmen.
- Der Hochschulbau ist in einem Umfang zu fördern, wie er vom Wissenschaftsrat als fachlich notwendig eingeschätzt wird. Ebenso sind Forschung und Entwicklung verstärkt zu fördern, um so die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft zu stärken. Die Mittel für die institutionelle Forschung sind zu erhöhen und Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft durch steuerliche Anreize, Markteinführungshilfen und durch eine innovative staatliche Beschaffungspolitik sowie hohe gesetzliche Umweltstandards zu stimulieren.
- Im Zusammenwirken von Bund und Ländern ist dafür Sorge zu tragen, daß die Qualität des Berufsbildungssystems durch Ausbau und Modernisierung der beruflichen Bildungsstätten sowie entsprechende Gestaltung

der Ausbildungsgänge weiter verbessert wird. Außerbetriebliche Ausbildungsplätze sind in dem notwendigen Umfang bereitzustellen, wenn in den neuen Ländern nicht genügend qualifizierte betriebliche Ausbildungsplätze angeboten werden.

- Zum Standortvorteil der Bundesrepublik Deutschland gehört auch ein funktionsfähiger Sozialstaat. Seine präventiven Leistungen sind zu stärken, um auf Dauer eine hohe Arbeitsproduktivität zu sichern.
- Die Sicherung des Wettbewerbs erfordert eine Stärkung der Nachfrageseite als Marktgegengewicht. Grundlegende Voraussetzung ist eine umfassende Information und Beratung der Verbraucher und Verbraucherinnen. Der beabsichtigte Ausstieg des Bundes aus der Finanzierung der Verbraucherzentralen ist hiermit nicht vereinbar.
- Die Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist so zu gestalten, daß der Anstieg der Personalnebenkosten begrenzt wird. Der Staat darf die Finanzierung der Einheit nicht einseitig auf die Beitragszahler der Sozialversicherung abwälzen.

### 3. Aktive Konjunktur- und Beschäftigungspolitik

Bemühungen um Vollbeschäftigung ist Vorrang einzuräumen, denn in einer modernen Industriegesellschaft ist die Vollbeschäftigung ein Eckpfeiler für soziale Gerechtigkeit und inneren Frieden.

Es sind deshalb alle Möglichkeiten zu nutzen, um die drohende, sich dramatisch verschärfende beschäftigungspolitische Entwicklung aufzufangen. Angesichts der weltweiten Rezession ist unverzüglich in Verhandlungen mit den G-7-Ländern einzutreten, um gemeinsame Maßnahmen zur Wiederbelebung der Weltkonjunktur zu vereinbaren. Die Bundesrepublik Deutschland muß nachhaltig die Bemühungen der EG-Kommission unterstützen, ein gemeinsames europäisches Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm umzusetzen. Für uns in der Bundesrepublik Deutschland verlangt dies, durch eine konjunkturgerechte Finanzpolitik den Weg freizumachen für europaweite Zinssenkungen. Zugleich muß durch Einsparungen, Mittelum- schichtung und Einnahmeverbesserungen eine nachhaltige Stärkung der Investitionstätigkeit erreicht werden. Dies ist die Grundlage für eine neue Zinspolitik der Bundesbank. Eine Zinswende ist ihrerseits eine der Voraussetzungen für eine Wiederbelebung der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere auch bei unseren europäischen Partnerländern.

Die Kürzung der Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ist unverzüglich zurückzunehmen. Daneben sind der Arbeitsmarktpolitik neue Impulse zu geben durch enge Verzahnung mit der Wirtschafts-, Bildungs- und Struktur-

politik. Die Arbeitsmarktpolitik muß dafür neue und neu angepaßte Instrumente erhalten, die in einem Arbeits- und Strukturförderungsgesetz dauerhaft verankert werden sollen. Es soll Förderinstrumente zur Schaffung von Dauerarbeitsplätzen enthalten, unter anderem durch eine Förderung von Projekten zur Strukturverbesserung. Die Frauenförderung ist darin verbindlich zu verankern.

Die Langzeitarbeitslosen und ihre Familien dürfen nicht vergessen werden. Notwendig ist ein Programm, das Langzeitarbeitslosen die Wiedereingliederung in ein geregeltes Berufs- und Sozialleben eröffnet. Der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit ist durch spezifische arbeitsmarktpolitische Regulative zu begegnen.

#### 4. Ökologischer Umbau

Die ökologische Krise verschärft sich. Zum Schutz von Umwelt und Gesundheit und zur Schonung der knappen fossilen Ressourcen ist eine neue Umweltpolitik einschließlich einer Umstrukturierung der Energieversorgung unerlässlich. Dazu ist ein deutlicher Akzent bei der Energieeinsparung zu setzen. Notwendig ist ein ehrgeiziges Energiesparprogramm mit den Schwerpunkten: massive Unterstützung und Markteinführungshilfen für erneuerbare Energie sowie Förderung des Einsatzes neuer, umweltschonender Technologien bei gleichzeitiger Verringerung risikoreicher Energieträger.

Eine Steuerreform ist durchzuführen, bei der die Arbeit durch eine Senkung der Lohn- und Einkommensteuer spürbar entlastet und umweltschädlicher Energieverbrauch durch eine höhere Mineralölsteuer belastet wird. Einzubinden ist eine ökologisch orientierte Entfernungspauschale für alle Verkehrsmittel sowie notwendige soziale Ausgleichsmaßnahmen. Aus Gründen des Klima- und Umweltschutzes wie der Ressourcenschonung ist die Einführung einer allgemeinen Energiesteuer in der Europäischen Gemeinschaft überfällig, mit der die Energiepreise schrittweise und berechenbar angehoben, erneuerbare Energien und die Energieerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung jedoch davon ausgenommen werden. Die risikoreiche Atomkraft ist dagegen ein falsches Mittel, die notwendige CO<sub>2</sub>-Minderung zu erreichen. Ersatz bzw. Neubau von Atomkraftwerken wird deshalb abgelehnt. Eine deutliche Verstärkung bzw. Umschichtung der Forschungs- und Förderungsmittel zugunsten nicht-nuklearer erneuerbarer Energie ist notwendig.

In den neuen Bundesländern sind Altlastenproblematik und Trinkwasserschutz zu Schwerpunkten einer solidarisches Umweltpolitik zu machen.

#### 5. Für eine neue Verkehrspolitik

Ohne konsequentes Umsteuern droht der Bundesrepublik Deutschland das Verkehrschaos. Wir brauchen eine neue

Verkehrspolitik, die den berechtigten Wunsch nach individueller Bewegungsfreiheit mit dem Schutz von Leben und Umwelt in Einklang bringt. Dringend geboten ist daher eine Neuordnung der Verkehrsstrukturen im Rahmen eines integrierten Verkehrskonzeptes mit den Zielen Verkehrseinsparung, Verlagerung auf umweltfreundliche Verkehrsträger und Optimierung der Verkehrsströme. Der Bahn ist dabei Vorrang zu geben. Zu Lasten der Schiene bestehende Wettbewerbsverzerrungen sind abzubauen, der Staat muß in Zukunft wie bei den Straßen die Kosten für den Bau und die Unterhaltung des Schienenwegenetzes übernehmen. Es ist verkehrspolitisch nicht vertretbar, daß im Haushalt für den Ausbau der Schienenwege nur knapp die Hälfte der Mittel zur Verfügung gestellt wird, wie für den Ausbau der Bundesfernstraßen bereitstehen. Die Schieneninfrastruktur muß verbessert werden, weitere Streckenstillegungen müssen unterbleiben. Die für den Neubau von Straßen vorgesehenen Finanzmittel sind zugunsten des Ausbaus und der Verbesserung der öffentlichen Verkehrssysteme, insbesondere in den neuen Bundesländern, zu reduzieren. Der öffentliche Personennahverkehr ist durch Finanzhilfen des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz zu stärken. Ein Sofortprogramm zur Neuanschaffung zusätzlicher Wagen ist durchzuführen und die Ausgabe von „Job-Tickets“ für Bus und Bahn an Arbeitnehmer zu erleichtern.

Die Kfz-Steuer ist abzuschaffen und auf die Mineralölsteuer umzulegen, um Verkehrsreduzierung, Energieeinsparung und Umweltentlastung voranzubringen.

#### 6. Offensive zur Bekämpfung der Wohnungsnot

Der Bekämpfung der durch eklatante Fehlplanungen und durch eine unverantwortliche Kürzung des sozialen Wohnungsbaus von der Bundesregierung in entscheidendem Ausmaß mitverursachten Wohnungsnot ist höchste Priorität einzuräumen. In der Bundesrepublik Deutschland fehlen inzwischen 2,5 Mio. Wohnungen. Die Mieten steigen sprunghaft an. Immer mehr Menschen werden aus ihren Wohnungen verdrängt, besonders in den Ballungszentren können Arbeitnehmerfamilien eine angemessene Wohnung kaum noch bezahlen. In Ostdeutschland wird durch die verfehlte Eigentums- und Altschulden-Regelung die Chance vertan, den Wohnungsbestand schnell instand zu setzen und damit auch viele ortsgebundene Arbeitsplätze zu schaffen. Das spekulative Horten von Bauland blockiert den Neubau von Wohnungen und führt dazu, daß auf der grünen Wiese gebaut und die Landschaft zubetoniert wird. Eine Bodenreform ist deshalb unverzichtbar.

Ein gesamtdeutsches Wohnungsbau- und Sanierungsprogramm ist aufzulegen, um die Wohnungsnot endlich wirksam zu bekämpfen. Durch folgende Maßnahmen ist der Neubau von Wohnungen entscheidend zu verstärken und der Wohnungsbestand zu erhalten und sozial zu nutzen:

- Die Mittel für den sozialen Wohnungsbau sind so aufzustocken, daß in jedem Jahr 200 000 Sozialwohnungen gebaut werden können.
- Die Finanzhilfen des Bundes für Stadterneuerung und Wohnungsmodernisierung sind spürbar aufzustocken und mittelfristig festzuschreiben; die Gewährung von Modernisierungshilfen ist an Belegungsbindungen zu koppeln.
- Die Wirksamkeit und soziale Ausgewogenheit der Förderung selbstgenutzten Wohneigentums ist zu verbessern. Dazu sind die Steuerfreibeträge durch einen einkommensunabhängigen Abzug von der Steuerschuld zu ersetzen. Neubau ist stärker zu fördern als der Bestand, Mitnahmeeffekte sind abzubauen.
- Die ostdeutschen Wohnungsunternehmen sind von ihren Altschulden zu entlasten, um so ihre Investitionsfähigkeit zu stärken. Der Weg für eine umfassende Sanierung des Wohnungsbestandes ist freizumachen, indem der Rückgabevorbehalt aufgehoben wird.
- Aus Spekulationsgründen gehortetes Bauland ist dadurch für den Wohnungsbau zu mobilisieren, daß Einkünfte aus Bodenwertsteigerungen genauso versteuert werden müssen wie sonstiges Einkommen.

#### 7. Bessere Hilfen für Familien

Der derzeitige zutiefst ungerechte Familienlastenausgleich ist umzugestalten. Es ist nicht länger hinnehmbar, daß ein Spitzenverdiener durch den steuerlichen Kinderfreibetrag für sein Kind fast dreimal soviel Entlastung erhält wie ein Geringverdiener. Auch das Ehegattensplitting ist zu begrenzen, da es mit einem maximalen Steuervorteil von 22 842 DM einseitig die Besserverdienenden bevorzugt. Statt dessen ist gemäß dem Gebot sozialer Gerechtigkeit der Familienlastenausgleich kostenneutral so umzugestalten, daß die Familien mit Kindern und geringerem Einkommen deutlich besser gefördert werden. Diesem Gebot ist Folge zu leisten, indem ein einheitliches Kindergeld ab dem ersten Kind in Höhe von monatlich 250 DM für alle eingeführt wird, ohne daß die öffentlichen Haushalte dadurch zusätzlich belastet werden.

Die vorhandene Infrastruktur an Kinderbetreuungseinrichtungen in den neuen Ländern ist zu erhalten bzw. wieder aufzubauen. Zur schrittweisen Erfüllung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz und zum bedarfsgerechten Ausbau von Tageseinrichtungen in allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland ist ein gerechter Finanzierungsanteil des Bundes unabdingbar.

#### 8. Steuerfreiheit für das Existenzminimum

Es ist ein Gebot sozialer Gerechtigkeit, das Existenzminimum eines Menschen nicht länger unter Verstoß gegen die

Verfassung zu besteuern. Gemäß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist dafür zu sorgen, daß das Existenzminimum steuerfrei gestellt wird. In einem ersten Schritt sollen Geringverdiener mit Einkünften in Höhe des Existenzminimums überhaupt nicht mehr besteuert und der Grundfreibetrag für alle auf 8 000 DM bzw. 16 000 DM (Ledige/Verheiratete) angehoben werden. Das bedeutet vor allem für die Arbeitnehmer von kleinen und mittleren Einkommen eine spürbare Senkung der aufgrund der inflationsbedingten heimlichen Steuererhöhungen ständig angestiegenen Lohn- und Einkommensteuer.

#### 9. Intensivierung der Entwicklungshilfe

Die Mittel für wirtschaftliche Zusammenarbeit sind um 2 Mrd. DM aufzustocken, damit die Bundesregierung die Verpflichtung, 0,7 v. H. des Sozialprodukts für Entwicklungspolitik einzusetzen, schrittweise bis zum Jahr 2000 erfüllen kann. Die Erhöhung dieser Mittel soll auch dazu beitragen, die Ursachen von Flucht und Vertreibung in der Welt zu bekämpfen. Die entwicklungspolitischen Schwerpunkte müssen sein: Bekämpfung der absoluten Armut in Entwicklungsländern, Förderung der breiten Bildung der Bevölkerung, Unterstützung des Umweltschutzes und Bekämpfung des Bevölkerungswachstums. Die Mittel sollen insbesondere für Länder eingesetzt werden, die demokratisch orientiert sind und die Menschenrechte achten. Zu Lasten von Ländern, in denen hinsichtlich der Menschenrechte, der Demokratisierung und der Begrenzung von Rüstungsausgaben keine Fortschritte zu verzeichnen sind, sind Mittel in Höhe von mindestens 500 Mio. DM zugunsten von Ländern, die dabei sind, sich in einer demokratischen Form zu entwickeln, umzuschichten.

Unverzichtbar ist auch, eine dauernde finanzielle, technische und institutionelle Reserve für die Sicherung der eigenen Ernährungsbasis in Afrika und für Katastrophenfälle aufzubauen.

Neben Ländern der Dritten Welt sollen verstärkt auch Länder Mittel- und Osteuropas in die entwicklungspolitische Zusammenarbeit einbezogen werden.

#### 10. Umbau der Bundeswehr

Die Ansätze für den Verteidigungshaushalt sind entsprechend den von der Fraktion der SPD bei der Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1993 gestellten Anträgen zusätzlich zu den vom Haushaltsausschuß bereits beschlossenen Kürzungen um rd. 2,6 Mrd. DM zu kürzen und in den Folgejahren weiter nachhaltig zu senken. Angesichts der fundamental geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen sind keine neuen Rüstungsprojekte mehr zu beginnen, laufende nicht fortzuschreiben und ist die weitere Realisierung großer Rüstungsvorhaben auszusetzen. Dazu gehört insbesondere die Aussetzung der großen Rüstungs- und Beschaffungsprojekte wie der sofortige

Ausstieg aus dem Projekt Jäger 90 bzw. Jäger light, die drastische Reduzierung der Munitionskosten sowie der Verzicht auf neue Kampfpanzer und Flugzeuge.

Die Chance für den grundsätzlichen Umbau der Streitkräfte des Verteidigungshaushalts besteht jetzt und ist zu nutzen. Eine generelle Neubewertung und Umorientierung muß zu einem „Gesamtkonzept der Abrüstung und Sicherheit“ hinführen. Die Bundesregierung muß endlich ein umfassendes, ressortübergreifendes Programm zur Bewältigung der Abrüstungsfolgen (Konversion) vorlegen. Im Rahmen dieses Konversionsprogramms ist den von der Truppenreduzierung betroffenen Standortgemeinden durch Umstrukturierungsmaßnahmen zu helfen sowie die personelle Reduzierung sozialverträglich abzufedern.

Die Übernahme der Kosten für zwei israelische U-Boote ist nicht zu rechtfertigen. Die vorgesehenen Ansätze für Ersatzbeschaffungen der Bundeswehr zum Ausgleich im Rahmen des Golfkonfliktes gewährter Unterstützungen sind zu streichen, da sie einen Etikettenschwindel darstellen. Die Absicht, Spitzentechnologie mit Aufrüstungseffekt zu entwickeln, wird hier als Ersatzbeschaffung für die Bundeswehr getarnt.

Die Mittel für Militärhilfe für Griechenland, Portugal und die Türkei (Rüstungssonderhilfe, Materialhilfe, NATO-Verteidigungshilfe, Ausstattungshilfe) sind zu streichen. Statt dessen ist ein Konzept zu entwickeln, das statt Militärhilfe Wirtschaftshilfe für diese Länder vorsieht.

#### 11. Schutz der Bevölkerung vor Gewalt und Kriminalität

Die Bereitschaftspolizeien der Länder, für deren materielle Ausstattung der Bund zuständig ist, sind in die Lage zu versetzen, Großlagen mit gegenseitiger Unterstützung zu bewältigen.

Zoll und Bundesgrenzschutz sind personell und materiell in die Lage zu versetzen, den Schutz der Außengrenzen entscheidend zu verstärken; dabei ist den ostdeutschen Grenzen ein besonderes Gewicht beizumessen, vor allem vor dem Hintergrund organisierter Kriminalität und dem kriminellen Handeln von Schlepperorganisationen für illegale Einwanderung.

Die Unterbewertung der Polizei des Bundes ist schrittweise abzubauen. Die neue Funktionsbewertung sollte dem Beschluß der Innenministerkonferenz vom 22. Mai 1992 folgen. Das Eingangsamt im mittleren Polizeivollzugsdienst ist in einem ersten Schritt von bisher A 6 nach A 7 anzuheben.

#### 12. Kulturförderung im vereinten Deutschland

Die Hilfe des Bundes für die Kultur in den neuen Ländern ist in der bisherigen Höhe voraussichtlich bis 1995 unabdingbar, da erst dann die neuen Länder nach der Neuord-

nung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden ihre Kulturinstitutionen entsprechend der Zuständigkeitsverteilung des Grundgesetzes aus eigener Kraft erhalten können.

Die tiefen Einschnitte im Bundeshaushalt für Kunst und Kultur in den westlichen Ländern sind zurückzunehmen. Die Kürzungen schaden den Kulturinstitutionen und -veranstaltungen von nationalem und internationalem Rang und beschädigen dadurch das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland.

Die Förderung der Erhaltung und Auswertung deutscher Kultur der historischen Reichs- und Siedlungsgebiete in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa ist einer grundsätzlichen Überprüfung zu unterziehen.

#### 13. Kampf gegen Radikalisierung unter Jugendlichen

Um für die Jugend Perspektiven zu entwickeln, sind Maßnahmen zu ergreifen gegen das wachsende Problem der Jugendarbeitslosigkeit, Jugendkriminalität und Radikalisierung unter Jugendlichen. Zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit sind besondere arbeitsmarktpolitische Instrumente und Anstrengungen zu entwickeln. Insbesondere in den neuen Bundesländern sind integrierte Jugendfreizeit-, Kultur-, Sport- und Beratungszentren mit multikultureller konfliktregulierender Ausrichtung zu fördern, z. B. im Rahmen der Investitionspauschale für Städte und Gemeinden. Die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Berufsgruppen, die vor allem mit sozial gefährdeten Jugendlichen zu tun haben, ist stärker zu fördern. Die Mittel für politische Bildung dürfen nicht wie von der Bundesregierung praktiziert, abgesenkt, sondern müssen aufgestockt werden, um durch verstärkte Aufklärung dem wachsenden Radikalismus insbesondere unter Jugendlichen entgegenwirken zu können.

#### 14. Solide Finanzen und gerechte Steuern

Ein umfassender Kassensturz ist längst überfällig. Bürgerinnen und Bürgern ist endlich ehrlich Antwort auf die zentrale Frage zu geben, mit welchen finanziellen Herausforderungen wir Deutsche fertig werden müssen, um den historischen Veränderungen in unserem Lande und seiner sich wandelnden Stellung in der Welt gerecht zu werden. Diese Herausforderungen können nur durch eine große gemeinsame und solidarische Anstrengung bewältigt werden.

Die soziale Schieflage der Steuerpolitik der Bundesregierung ist zu korrigieren. Jeder in der Bundesrepublik Deutschland weiß, daß für eine solide Finanzierung der Einheit an rigorosen Einschränkungen und spürbaren Belastungen kein Weg vorbeiführt, auch wenn die Bundesregierung dies fahrlässig allzu lange geleugnet und damit der Bereitschaft zur Solidarität großen Schaden zugefügt hat. Aber es muß gerecht zugehen. Bisher wurden die

Kosten vor allem den sozial Schwächeren aufgebürdet. Es ist ein elementares Gebot der Gerechtigkeit, daß die Bezieher hoher und höchster Einkommen verstärkt zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben herangezogen werden.

Der Konsolidierung der Staatsfinanzen ist hohe Priorität einzuräumen. Eine Rückführung der Neuverschuldung ist zwingend geboten. Hierfür sind zuallererst eisernes und konsequentes Sparen sowie Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten erforderlich. Nur wenn alle denkbaren Einspar- und Umschichtungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, werden Bürger und Wirtschaft notwendige Einnahmenverbesserungen akzeptieren.

Ein sozial ausgewogenes Finanzierungskonzept ist zu verwirklichen, um die Konsolidierung der Staatsfinanzen voranzutreiben und den noch bestehenden unabweisbaren Finanzbedarf zu decken. An erster Stelle ist in diesem Konzept durch konsequente Einsparungen, durch Streichen und Strecken im Bundeshaushalt sowie durch Kürzungen bei Finanzhilfen und Steuervergünstigungen der öffentliche Haushalt um 10 Mrd. DM, ansteigend auf 15 Mrd. DM, zu entlasten. Ferner ist zur solidarischen Mitfinanzierung der Arbeitsmarktpolitik in Ostdeutschland von Selbständigen, Beamten, Ministern und Abgeordneten eine Arbeitsmarktabgabe zu erheben. Als Solidarbeitrag derjenigen, die durch die Beitragserhöhung bei der Arbeitslosenversicherung nicht betroffen sind, wird sie etwa 5 Mrd. DM erbringen. Für Höherverdienende und Wirtschaftsunternehmen ist eine Ergänzungsabgabe mit einem Aufkommensvolumen von rd. 20 Mrd. DM zu erheben. Mit diesem Konzept wird somit ein finanzpolitischer Handlungsspielraum in der Größenordnung von jährlich etwa 40 Mrd. DM geschaffen.

#### 15. Fairer Ausgleich mit Ländern und Gemeinden

Die Bundesregierung hat ihrer Mitverantwortung für eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Länder und Gemeinden gerecht zu werden. Sie hat insbesondere dafür Sorge zu tragen, daß die neuen Länder finanziell ausreichend ausgestattet werden. Statt dessen hat sie sich bislang höchst unsolidarisch verhalten und sich durch Steuer- und Abgabenerhöhungen Einnahmenverbesserungen von 50 Mrd. DM im Jahr 1992 verschafft, während Länder und Gemeinden dabei leer ausgegangen sind. Diese Einnahmenverbesserungen wirken auch in den Folgejahren in erheblichen Größenordnungen fort.

Der kooperative Föderalismus bleibt nur dann lebensfähig, wenn die Finanzierungsbedürfnisse der Gebietskörperschaften in Ost und West als gleichwertig und gleichberechtigt anerkannt werden. Dies gilt nicht nur im Verhältnis der neuen zu den alten Bundesländern, sondern auch im Verhältnis des Bundes zur Gesamtheit von Ländern und Gemeinden. Angesichts der gewaltigen Finanzie-

rungsaufgaben müssen die Finanzbeziehungen nach dem Prinzip des bündischen Einstehens füreinander grundsätzlich neu geordnet werden. Maßstab dabei muß das Prinzip der fairen Lastenteilung sein. Die Einbeziehung der neuen Länder in den bundesstaatlichen Finanzausgleich ist sicherzustellen, wobei der Bund sich angemessen zu beteiligen hat. Die Mitfinanzierung des in den neuen Ländern bestehenden infrastrukturellen Nachholbedarfs ist zu verstärken, und für eine angemessene Finanzausstattung der Städte und Gemeinden ist zu sorgen. Die Einnahmenstruktur von Ländern und Gemeinden ist durch eine Beteiligung am Mineralölsteueraufkommen zu verbessern.

Bonn, den 26. November 1992

**Hans-Ulrich Klose und Fraktion**





